



## Deutschland in der Krise: Flucht in den Rassismus

Der ehemalige Berliner Finanzsektor, Thilo Sarrazin (SPD), hat eine große Diskussion losgetreten. Sein neues Buch, "Deutschland schafft sich ab", beinhaltet üble Vorurteile über Migrant\_innen, vor allem über muslimische. Und plötzlich ist nicht mehr von den Kürzungen der Sozialleistungen die Rede. Stattdessen geben die großen Zeitungen "Ausländer\_innen" die Schuld für die vielen Probleme in der Gesellschaft.

**Dabei sind Migrant\_innen in Deutschland viel stärker vom Sparpaket betroffen als andere.** Die Arbeitslosigkeit liegt bei ihnen viel höher als im Durchschnitt. So sind sie von den staatlichen Sozialleistungen stärker abhängig, die jetzt gekürzt werden sollen. **Migrant\_innen werden zu den größten Verlierer\_innen** in der Krise gehören – und dazu sollen sie als Sündenböcke dienen!

### Ausbeutung und Abschiebung?

Dabei wurde vor allem in den 60er Jahren Migration von der Regierung besonders gefördert. Spätestens seit dieser Zeit **leben wir also in einem Einwanderungsland**, das auf die Zuwanderung angewiesen ist. Die „Gastarbeiter\_innen“ aus Italien, Griechenland, der Türkei usw. bekamen die **schlechtesten**

**Jobs.** Eigentlich dachten die Regierenden, dass sie wieder in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden würden, wenn die deutsche Wirtschaft sie nicht mehr brauchen würde. Aber Menschen sind keine Werkzeuge. Sie haben Wurzel geschlagen und viele sind bis heute geblieben. Dazu gehören natürlich auch viele Kolleg\_innen bei uns.



### Der Rassismus der Politik

Bei der Diskussion über Sarrazins Buch geht es hauptsächlich um die "Integration". Dabei wird selten erwähnt, dass es **nicht immer einfach ist, die deutsche Sprache zu lernen, wenn man den ganzen Tag arbeitet** und dazu noch Kinder betreuen muss. Und Deutschkurse können locker über 100 € im Monat kosten.

Wenn von "Ausländer\_innenkriminalität" die Rede ist, "vergessen" oft viele, dass Menschen in der Regel dann kriminell werden, wenn sie **keine andere Möglichkeit ha-**

ben, sich ihr Leben zu verdienen. Und die **Arbeitslosigkeit** unter Migrant\_innen war die letzten Jahre **doppelt so hoch** wie unter Menschen mit einem deutschen Pass. Gerade in Deutschland ist es besonders schwierig für Jugendliche aus armen Familien einen höheren Bildungsabschluss zu bekommen. Für die Probleme sind nicht die Migrant\_innen, sondern die Sozialpolitik verantwortlich. (Wir dürfen auch nicht vergessen, dass Sarrazin selbst als Politiker für unzählige Kürzungen in Berlin verantwortlich – **auch Kürzungen in diesem Betrieb im Jahre 2003!**)

Die Kürzungen betreffen arbeitende Menschen mit oder ohne deutschen Pass. Wir können uns nur dagegen wehren, wenn wir alle zusammenhalten und gleiche Rechte für alle fordern. Zum Beispiel **kostenlose Deutschkurse**, auch während der Arbeitszeit!

### Aufruf zur Krisendemo:

Wenn wir uns auf rassistische Vorurteile einlassen, werden wir gegeneinander ausgespielt und stehen am Ende alle alleine da. **Also:** Lasst uns am 29. September gegen die wirklichen Probleme demonstrieren! (Krisendemo am **29. September, 17.30 Uhr** vor dem Roten Rathaus.)

## Hygiene ist kein Luxus

Der Tod dreier Säuglinge in einem Mainzer Krankenhaus Ende August ist für ein Land mit angeblich einem der besten Gesundheitssysteme der Welt eine Schande. Nach dem tragischen Vorfall in Mainz wurde eine Debatte über Hygiene an Deutschen Krankenhäusern zwar geführt, jedoch hat sich nichts geändert. Die teilprivatisierten Krankenhäuser wollen sich keine Hygieneärzt\_innen leisten. So bleibt alles am ohnehin schon überlasteten Krankenhauspersonal hängen. Der Staat spart sich hier wieder einmal die wichtigen Gelder, und die Patient\_innen können nur hoffen, dass es ihnen nicht so ergeht wie den drei Neugeborenen in Mainz. Ein Skandal.

## Referendum in der Türkei

Am 12. September stimmten 58% der Bevölkerung der Türkei für eine Änderung der Verfassung. Die türkische Verfassung, die nach dem Militärputsch von 1980 verabschiedet wurde, ist höchst undemokratisch. Die Änderungen bringen einige kleine Verbesserungen für die arbeitende Bevölkerung: so haben Angestellte des Staates nun das Recht, Tarifverträge abzuschließen – aber sie haben weiterhin kein Streikrecht.

Die Verfassungsänderung ist nicht wirklich ein Schritt hin zur "Demokratisierung". So wird in der Verfassung weiterhin nur das türkische Volk anerkannt – obwohl andere Volksgruppen wie die Kurd\_innen etwa 20% der Bevölkerung der Türkei ausmachen. Diese haben weiterhin kein Recht, ihre Sprache in der Öffentlichkeit und an den Schulen zu sprechen. Aus diesem Grund haben Millionen Kurd\_innen die Abstimmung boykottiert.



## Auf Kuschelkurs mit der Atom-Lobby

Aus allen Ecken des Landes protestierten 100.000 Menschen gegen die Atompolitik der Regierung. Doch die schwarz-gelbe Koalition scheint das nicht zu interessieren, Sie hält an ihrer Lobby-Politik zugunsten der Atomindustrie fest. Im Schnitt zwölf Jahre länger als bisher geplant sollen die deutschen Atomkraftwerke am Netz bleiben. Im Gegenzug soll die Atomwirtschaft 2,3 Mrd. € an zusätzlichen Steuern jährlich zahlen. Durch die

Laufzeitverlängerung können die Stromkonzerne allerdings mit einem Zusatzgewinn von 44 Mrd. € rechnen. Dabei ist die Frage der Endlagerung offen. Hier muss der Steuerzahler auch tief in die Tasche greifen. Alle in Frage kommenden Endlagerstätten gelten als Forschungsobjekte und werden aus Steuergeldern finanziert. Alles in allem ist die Rechnung der Regierung eine Milchmädchenrechnung zugunsten der Atom-Lobby.

## Europäischer Aktionstag am 29. September

Überall in Europa gibt es Lohnkürzungen, Entlassungen, Rentenkürzungen usw. Und überall in Europa regt sich Widerstand dagegen. In Griechenland und Spanien gab es dieses Jahr bereits Generalstreiks gegen die Sparpakete.

Am 29. September soll es einen europäischen Aktionstag gegen die Krise geben. In vielen Ländern wird es Kundgebungen und Demonstrationen geben (in Spanien wird es sogar wieder einen Generalstreik geben). In Berlin demonstrieren wir um 17.30 Uhr vor dem Roten Rathaus. Dort können Beschäftigte, Arbeitslose und Jugendliche gemeinsam klarmachen: Wir haben die Krise des kapitalistischen Systems nicht verursacht und wir werden die Kosten der Krise nicht tragen!

"Unser Werkblatt" wird von der AG Arbeitskämpfe herausgegeben. Wir sind eine Gruppe, die sich im Rahmen der aktuellen Bildungsproteste gegründet hat. Wir haben den Warnstreik der Studentenwerksbeschäftigten sowie den Streik der Reinigungskräfte aktiv unterstützt. Jetzt möchten wir dabei helfen, dass Beschäftigte an der Universität sich für bessere Arbeitsbedin-

gungen einsetzen können. Dafür verbreiten wir mit diesem Flugblatt Infos aus dem Betrieb sowie von anderen Arbeits- und Bildungsprotesten. Willst du das unterstützen? Hast du ein Problem im Betrieb, das dich schon lange genervt hat? Wende dich an uns: Entweder an eine/n der Flugblattverteiler\_innen, per Email oder per Telefon. Wir sammeln diese Infos natürlich auch

anonym. Wir treffen uns auch jeden Montag um 15 Uhr vor der Mensa II, um uns auszutauschen und unsere Arbeit zu planen. Schau selbst mal vorbei!

Kontakt:

0177/2530364 (Daniel)  
ag\_arbeitskampf@yahoo.de